Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT

Abgeordnete Martina Machulla (CDU)

Jobangebot für den Ersten Stadtrat von Hannover trotz abgelaufener Bewerbungsfrist: Welche Rolle spielt Ministerpräsident Olaf Lies bei der Besetzung der Geschäftsführung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH?

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 09.11.2026

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (*HAZ*) berichtete am 1. November 2026 unter der Überschrift „Posten-Poker um von der Ohe: Keine Koalition im Rathaus mit dem SPD-Kämmerer“, dass am 30. Oktober 2026 ein Gespräch zwischen Ministerpräsident Olaf Lies und dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover stattgefunden haben soll. Ministerpräsident Olaf Lies soll dem Ersten Stadtrat dabei einen gut bezahlten Posten als Geschäftsführer der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg angeboten haben.[1]

Das Politjournal *Rundblick* berichtete ferner am 2. November 2026 unter der Überschrift „Jobangebot, gebrochenes Vertrauen: Rot-Grün in Hannover streitet über Axel von der Ohe“, dass die Rede davon sei, dass in dem Gespräch zwischen Lies und Axel von der Ohe ein Betrag von 140 000 Euro jährlich als Verdienst erwähnt worden sein soll. Darüber hinaus sei in dem Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Ersten Stadtrat eine mögliche spätere Berufung in die Landesregierung, etwa als Staatssekretär, zur Sprache gekommen.[2]

Der Erste Stadtrat soll nach übereinstimmender Berichterstattung von *HAZ* und *Rundblick* das Angebot des Ministerpräsidenten abgelehnt haben. Die Personalie des Ersten Stadtrat spiele der Berichterstattung zufolge eine wesentliche Rolle bei den Gesprächen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen über eine mögliche Zusammenarbeit im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Dass der Erste Stadtrat dieses Angebot abgelehnt habe, sorge nach der Berichterstattung der *HAZ* und des *Rundblicks* nicht nur bei den GRÜNEN für große Verärgerung. Auch aus der SPD seien mittlerweile Stimmen zu vernehmen, die sagen, dass es mit dem Ersten Stadtrat im Rathaus nicht mehr funktioniere. Auch würde die Zurückweisung des Vorschlags des Ministerpräsidenten von Beobachtern als Ausdruck von Respektlosigkeit interpretiert.[3]

Die Geschäftsführung der Metropolregion soll zum 1. April 2027 neu besetzt werden. Nach Angaben des *Rundblicks* endete die Bewerbungsfrist bereits Ende September 2026. Mehr als 50 Interessenten sollen sich beworben haben. Der Erste Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover soll nicht zu den Bewerbern gehören. Gleichwohl soll die Übernahme der Geschäftsführung noch einen Monat nach Ablauf der Bewerbungsfrist Gegenstand des Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten gewesen sein.[4]

Die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH wurde 2009 gegründet. Zu ihren Gesellschaftern gehören neben den vier namensgebenden Städten und Zusammenschlüssen aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft auch das Land Niedersachsen, das 7 % der Gesellschaftsanteile hält. Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Den Vorsitz führt seit September 2025 der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover. Das Land Niedersachsen ist durch die

---

1 https://www.haz.de/lokales/hannover/posten-poker-um-von-der-ohe-kein-gruen-rot-in-hannover-mit-dem-kaemmerer-im-rathaus-757BKQZCXREPLEDHSYY7LEEYXI.html

2 https://rundblick-niedersachsen.de/jobangebot-gebrochenes-vertrauen-rot-gruen-in-hannover-streitet-ueber-axel-von-der-ohe

3 ebenda

4 ebenda

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Melanie Walter, im Aufsichtsrat vertreten.[5]

1. Wann wurde die Stelle der Geschäftsführung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH ausgeschrieben, auf welchen Wegen wurde die Ausschreibung veröffentlicht, und welche Bewerbungsfrist wurde festgelegt?

2. Wie viele Bewerbungen um die Geschäftsführung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH lagen zum Ablauf der Bewerbungsfrist vor, und wie viele Bewerbungen sind gegebenenfalls nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingegangen?

3. Unter welchen Voraussetzungen können nach Ablauf der Bewerbungsfrist weitere Bewerbungen im Auswahlverfahren berücksichtigt werden, wer entscheidet darüber, und inwiefern wurde bislang eine Verlängerung der Bewerbungsfrist, eine nachträgliche Berücksichtigung weiterer Bewerber oder eine Neuausschreibung der Stelle geprüft beziehungsweise erörtert?

4. Hat Ministerpräsident Olaf Lies dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover bei einem Gespräch am 30. Oktober 2026 oder bei anderen Gesprächen die Übernahme der Geschäftsführung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH angeboten oder seine Unterstützung für eine entsprechende Bewerbung zugesagt?

5. Wenn ja, in welcher Form und welches Angebot wurde dem Ersten Stadtrat gegebenenfalls konkret seitens des Ministerpräsidenten unterbreitet? Wie hat der Erste Stadtrat darauf gegebenenfalls reagiert?

6. Wenn der Ministerpräsident dem Ersten Stadtrat kein Angebot gemacht haben sollte, wie erklärt die Landesregierung die entsprechende Berichterstattung?

7. Hat ein anderes Mitglied der Landesregierung (oder auch Staatssekretär/in) dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover die Übernahme der Geschäftsführung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH angeboten oder ihre/seine Unterstützung für eine entsprechende Bewerbung zugesagt?

8. Wenn ja, in welcher Form und welches Angebot wurde dem Ersten Stadtrat gegebenenfalls konkret bei welcher Gelegenheit von wem unterbreitet? Wie hat der Erste Stadtrat gegebenenfalls darauf reagiert?

9. Welche Kenntnisse hatte Ministerpräsident Olaf Lies zum Zeitpunkt des Gesprächs mit dem Ersten Stadtrat über den Stand des laufenden Auswahlverfahrens, insbesondere über die bereits Ende September 2026 abgelaufene Bewerbungsfrist, die Zahl der eingegangenen Bewerbungen und den bisherigen Verlauf des Auswahlverfahrens?

10. Auf welcher rechtlichen oder gesellschaftsrechtlichen Grundlage hätte Ministerpräsident Olaf Lies nach Ablauf der Bewerbungsfrist auf die Berücksichtigung eines weiteren Bewerbers oder dessen Bestellung zum Geschäftsführer hinwirken können?

11. Welches Organ der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH ist für die Auswahl und Bestellung der Geschäftsführung zuständig, wie ist das Entscheidungsverfahren ausgestaltet, und welche Mitwirkungs-, Vorschlags- oder Entscheidungsrechte stehen dabei dem Land Niedersachsen und insbesondere dem Ministerpräsidenten zu?

12. Welche Kenntnisse hatte Ministerpräsident Olaf Lies zum Zeitpunkt des Gesprächs am 30. Oktober 2026 über die Positionierung der Mitglieder des Aufsichtsrats hinsichtlich der Neubesetzung der Geschäftsführung, und auf welcher Grundlage konnte er gegebenenfalls dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover seine Unterstützung für eine entsprechende Bewerbung zusagen oder ihm gar die Stelle anbieten?

[5] https://metropolregion.de/metropolregion/wer-wir-sind/gesellschafter/; https://metropolregion.de/metropolregion/wer-wir-sind/gremien/

13. Welche Gespräche oder Abstimmungen haben Ministerpräsident Olaf Lies oder andere Mitglieder der Landesregierung, insbesondere Europaministerin Melanie Walter als Vertreterin des Landes im Aufsichtsrat, im Vorfeld oder im Nachgang des Gesprächs am 30. Oktober 2026 mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden oder weiteren Aufsichtsratsmitgliedern über eine mögliche Bestellung des Ersten Stadtrats der Landeshauptstadt Hannover zum Geschäftsführer geführt (bitte unter Angabe der Zeitpunkte, Beteiligten und wesentlichen Gesprächsinhalte)?

14. Inwiefern war Europaministerin Melanie Walter vor dem 30. Oktober 2026 gegebenenfalls über etwaige Überlegungen des Ministerpräsidenten informiert, dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover eine berufliche Perspektive bei der Metropolregion zu eröffnen, und welche Abstimmungen fanden hierzu gegebenenfalls zwischen ihr und dem Ministerpräsidenten statt, und wie positionierte sich die Europaministerin dazu?

15. Welche Kriterien sind nach Kenntnis der Landesregierung für die Auswahl der neuen Geschäftsführung maßgeblich, und wie wird sichergestellt, dass die eingegangenen Bewerbungen nach einheitlichen, transparenten und sachgerechten Maßstäben berücksichtigt werden?

16. Welche konkreten Vorstellungen über die Vergütung der Geschäftsführung wurden bei dem Gespräch am 30. Oktober 2026 oder bei anderen Gesprächen erörtert, und auf welcher Grundlage wurde gegebenenfalls ein Jahresgehalt von 140 000 Euro in Aussicht gestellt?

17. Welche Rolle spielten nach Kenntnis der Landesregierung gegebenenfalls die Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover bei den Gesprächen des Ministerpräsidenten mit dem Ersten Stadtrat über dessen berufliche Zukunft?

18. Welche Regelungen des Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Compliance-Vereinbarung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH sind bei der Besetzung der Geschäftsführung zur Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten zu beachten?

19. Erkennt die Landesregierung gegebenenfalls einen Interessenskonflikt bei der Europaministerin in der Personalangelegenheit des Ersten Stadtrats, da sie sowohl Aufsichtsratsmitglied bei der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH als auch Co-Vorsitzende des Stadtverbandes der SPD Hannover ist? Wurde ein möglicher Interessenkonflikt nach Maßgabe der geltenden Compliance-Vereinbarung geprüft und gegebenenfalls offengelegt (Antwort bitte mit Begründung)?

20. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung darüber, ob die Besetzung der Geschäftsführung der Metropolregion Gegenstand von Gesprächen oder Abstimmungen zwischen Vertretern der SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Landes- oder kommunaler Ebene war, und inwieweit waren Mitglieder der Landesregierung oder Staatssekretärinnen und Staatssekretäre daran beteiligt?

21. Wie bewertet die Landesregierung gegebenenfalls die Vereinbarkeit einer möglichen Unterstützung einzelner Bewerber durch den Ministerpräsidenten außerhalb beziehungsweise nach Ablauf eines öffentlich ausgeschriebenen Bewerbungsverfahrens mit den Grundsätzen eines transparenten, fairen und an der fachlichen Eignung orientierten Auswahlverfahrens?

22. Inwiefern wurde bei dem Gespräch am 30. Oktober 2026 oder bei anderen Gesprächen des Ministerpräsidenten mit dem Ersten Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover über eine spätere Berufung in ein Amt innerhalb der Landesregierung, insbesondere als Staatssekretär, gesprochen, und welche konkreten Zusagen oder Perspektiven wurden dabei gegebenenfalls in Aussicht gestellt?

(verteilt am 10.11.2026)